

Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

BACKBORD

Frühjahr/Sommer 2019

**Linke
Ideen
FÜR EINE
MODERNE
STADT**

Freie und Solidarische Stadt

Hamburg

**ARMUT BEKÄMPFFEN
GERECHTIGKEIT SCHAFFEN
SPALTUNG ÜBERWINDEN**

So stoppen wir den Mietenwahnsinn

Seite 4

Klima vor Profite: Rot ist das neue Grün!

Seite 6

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

EDITORIAL



Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

soziale Gerechtigkeit ist das Thema Nr. 1 der LINKEN. Dass manche Menschen in Palästen wohnen und andere sich auf engstem Raum quetschen, dass es Hunger gibt in einer Welt voller Überfluss, dass es Armut gibt in einer reichen Stadt, damit wollen wir uns nicht abfinden.

Denn arm zu sein bedeutet viel mehr als sich bestimmte Dinge nicht leisten zu können. Es bedeutet Benachteiligung in allen Bereichen. Zum Beispiel auch beim Umwelt- und Klimaschutz.

Vor kurzem hatten wir Gregor Gysi zu Gast, und der brachte die Sache auf den Punkt. „Der Weg, den die Grünen häufig gehen“, sagte Gysi, „ist, dass sie anti-ökologisches Verhalten sehr teuer machen. Dann aber wird es zum Privileg. Dann können Leute, die Geld haben, weiter Auto fahren, und die anderen sind weg von der Straße. Das darf DIE LINKE niemals zulassen!“

Gregor Gysi hat mal wieder recht: Es darf nicht sein, dass die Reichen sich aus ihrer Verantwortung einfach herauskaufen. Jedes Jahr wird Tausenden in unserer Stadt der Strom abgestellt, weil sie das Geld für die Energiekosten nicht aufbringen können. Gleichzeitig machen Autoindustrie und Energiekonzerne fette Gewinne, als hätte es Dieselskandal und Klimakrise nie gegeben. An die Konzerne aber trauen sich die Regierenden bislang nicht ran.

Deshalb müssen wir weiter Druck machen. Bäume besetzen wie im Hambacher Forst. Die Schule schwänzen für „Fridays For Future“. Bei Volksbegehren wie „Tschüss Kohle“ mitmachen, um die stinkenden Schornsteine endlich loszuwerden. Wir unterstützen das, wo wir können. In der Bürgerschaft. Und auf der Straße.

Herzlich, Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)



FREIE UND SOLIDARISCHE STADT HAMBURG

ERSTE HILFE GEGEN ARMUT

Die wirtschaftliche Lage in Hamburg ist gut, doch die soziale Spaltung wird nicht geringer. Dabei kann die Politik ganz konkret etwas gegen Armut und Ungerechtigkeit tun



Obwohl Hamburg zu den reichsten Städten Europas gehört, ist Armut alltäglich. Zu alltäglich!

Die soziale Lage unserer Stadt? Eigentlich gar nicht so schlimm. So klingt es zumindest, wenn die Regierenden von SPD und Grünen sich dazu äußern. Zum Beispiel Senatorin Dorothee Stapelfeldt bei der Vorstellung des aktuellen „Sozialmonitoring“-Berichts. Jedes Jahr analysiert die Behörde die soziale Lage der einzelnen Stadtteile – ob sie sich verbessert oder verschlechtert hat. In diesem Jahr zog die Senatorin ein positives Fazit: Die Lage sei „stabil“ und „polarisiere sich nicht weiter“.

Soziale Spaltung trotz guter Konjunktur

Tatsächlich zeigt der Sozialmonitoring-Bericht, dass sich wenig verändert hat in der sozialen Struktur Hamburgs. Das aber dürfte eigentlich gar nicht sein. Denn die wirtschaftliche Lage ist seit Jahren hervorragend. Die Unternehmen machen Gewinne, die Steuerkasse klingelt. Wann, wenn nicht jetzt, fragt man sich, müsste sich die Lage breiter Schichten in der Stadt verbessern? Tatsächlich zeigt der Sozialmonitoring-Bericht, dass sich gar nichts bewegt. Die reichen Viertel bleiben reich, die armen bleiben arm. Die soziale Spaltung der Stadt verfestigt sich, an der prekären Situation hunderttausender Menschen hat sich nichts verändert. Und die Einschätzung der Senatorin zeigt: Die Regierenden haben

sich mit der Situation ganz einfach abgefunden. Doch die „stabile Lage“, von der die Senatorin schwärmt, ist nichts, was sich zu erhalten lohnte. Stabile Lage, das heißt, dass weiter jedes fünfte Kind in Hamburg in Armut aufwächst. Stabile Lage heißt, dass weiterhin fast ein Drittel der Alleinerziehenden armutsgefährdet ist. Stabile Lage heißt, dass die Altersarmut weiter zunimmt. Stabile Lage, das heißt, dass mehr als die Hälfte der Menschen in der Stadt fürchten, ihre Wohnung in Zukunft nicht mehr bezahlen zu können. Stabile Lage, das heißt, dass nach wie vor mehr als 30.000 Menschen arm trotz Arbeit sind. Sie beziehen Hartz IV, obwohl sie einen Job haben.

Bekämpfung der Armut muss Chefsache werden

DIE LINKE will sich damit nicht abfinden. Zwar lässt sich die soziale Ungerechtigkeit nicht von heute auf morgen beseitigen. Aber ihre schlimmsten Auswüchse zu bekämpfen, das geht. Auf einer Veranstaltungsreihe im vergangenen Jahr hat DIE LINKE in allen Hamburger Bezirken mit Fachleuten und Betroffenen von Armut gesprochen und dutzende Vorschläge erarbeitet (siehe rechts). Ihre Umsetzung würde nicht nur den hilfsbedürftigen Menschen sofort helfen, sie würden sich zum Teil an anderer Stelle wieder rechnen, denn sie sparen Transferleistungen und soziale Folgekosten der Armut ein.

ANTI-ARMUT-PROGRAMM

Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken

Gratis-Frühstück in Schulen und Kitas

Damit kein Kind in der Kita oder in der Schule hungrig sein muss

Mehr Hilfen für Familien

Ausweitung der Angebote für Kinder und Jugendliche. Jede Einrichtung braucht mindestens zwei Stellen!

Ausbau statt Abbau der bezirklichen Kinder- und Familienzentren. Sie werden dringend gebraucht!

DAS SCHLÄGT DIE LINKE VOR

Eintritt frei für Arme

Bildung und Kultur für Kinder

Bildungs- und Teilhabepaket auf 100 Euro pro Kind aufstocken: Sport, Kultur und Musik für alle

Mehr Geld für Alte

Kostenfreier Eintritt in Museen und Kulturinstitutionen für Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen

Landes-Arbeitsmarktprogramm

Anpassen der Grundsicherung im Alter an die lokalen Lebenshaltungskosten in Hamburg (München macht es vor)

Mindestlohn erhöhen

Mobilität für alle

Preise runter beim HVV! Freie Fahrt für Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen

Neue Perspektiven für 2.000 Erwerbslose durch freiwillige, zumutbare, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit Tariflohn

Der Mindestlohn muss auf 13 Euro steigen und regelmäßig an die allgemeine Preissteigerung angepasst werden

SOZIALE GERECHTIGKEIT SETZT!
Millionärsteuer jetzt! DIE LINKE.

WOHNEN ENDLICH BEZAHLBAR MACHEN

NICHT LANG SCHNACKEN, MIETEN KAPPEN

Hamburg baut und baut, doch die Mieten steigen immer weiter. Dabei gibt es jede Menge gute Ideen, um die Preisspirale zu stoppen. Man muss sie nur umsetzen!

Die Enteignung läuft doch längst, jeden Tag. Immer dann nämlich, wenn irgendwo eine Miete überwiesen wird. 45 Prozent der Hamburger Haushalte geben inzwischen die Hälfte ihres Einkommens oder sogar noch mehr fürs Wohnen aus.

Und die Gewinne derjenigen, auf deren Konten die Mietzahlungen eingehen, werden immer höher. Denn die Mieten steigen schon seit vielen Jahren stärker als die übrigen Preise. Vor allem in Großstädten wie Hamburg.

Längst haben sich Wohnungsmieten zu einer Art Zusatzsteuer an die Besitzenden entwickelt. Sie sorgen jeden Monat aufs Neue für eine Umverteilung von unten nach oben. Menschen mit geringen und mittleren Einkommen überweisen an Immobilienkonzerne, Fonds und Privatleute. Einzige Gegenleistung: Wohnen.

Wir müssen neue Wege gehen

Laut einer Umfrage des NDR fürchten zwei Drittel der Menschen in Hamburg inzwischen, die eigene Wohnung bald nicht mehr bezahlen zu können. Nur noch eine Minderheit in der Stadt ist sich ihrer Bleibe langfristig sicher.

Diese Entwicklung muss endlich umgekehrt werden. Durch eine radikale Änderung der Wohnungs-



Den Leuten reicht's: Im ganzen Land gehen regelmäßig Tausende auf die Straße, um gegen den Mietensinn zu protestieren

politik. Denn die so genannte freie Marktwirtschaft hat beim Wohnen vollkommen versagt.

Genauso wie die Politik. Zwar hat Rot-Grün den Wohnungsbau wieder angekurbelt. Doch es entstehen zum größten Teil komfortable Wohnungen für die mittleren und oberen Einkommen. Nur etwa 25 Prozent der neu gebauten Wohnungen sind Sozialwohnungen. Die übrigen 75 Prozent kosten überdurch-

schnittlich, ziehen dadurch den Mietenspiegel weiter nach oben und damit auch die anderen Mieten in der Stadt.

Bislang trauen sich SPD und Grüne nicht, sich mit der mächtigen Wohnungswirtschaft anzulegen. Daran aber führt kein Weg vorbei, wenn man den Mietensinn stoppen will. Sonst geht die Enteignung – die der unteren Schichten – immer so weiter.

LINKE IDEEN FÜR EINE BESSERE WOHNUNGSPOLITIK

DECKEL DRAUF!

Es ist kein Naturgesetz, dass die Mieten Jahr für Jahr teurer werden. Doch Bund und Länder tun viel zu wenig, um dem entfesselten Markt Grenzen zu setzen. Auch in Hamburg hätten SPD und Grüne längst gegen die alltägliche Ausplünderung vorgehen können – zum Beispiel mit einem Mietendeckel. Doch in der Bürgerschaft stimmten sie unseren Antrag dazu nieder.

SPEKULATION STOPPEN

Die Möglichkeit, Immobilien-deals durch das städtische Vorkaufsrecht zu verhindern, wird bislang nur sehr selten angewandt. Das muss mehr werden!

MIETENDECKEL

Mit einem eigenen Landesgesetz könnte Hamburg eine verbindliche maximale Miethöhe festsetzen, zunächst für 5 Jahre.

NEUER MIETENSPIEGEL

Nicht nur die letzten vier, sondern zehn Jahre und alle Mieten gehören in den Mietenspiegel. Das würde den Preisanstieg dämpfen.

GEMEINNÜTZIGER WOHNUNGSBAU

Gemeinwohl statt Rendite! Damit können die Stadt und z.B. Genossenschaften für preiswerten Wohnraum sorgen.

ERBPACHT STATT VERKAUF

Um etwas gegen die Spekulation zu tun, darf die Stadt keine Grundstücke mehr verkaufen, schon gar nicht an profitorientierte Unternehmen.

50% SOZIALBAU-QUOTE

SPD und Grüne propagieren den „Drittelmix“ aus je einem Drittel Eigentum, frei finanzierten und Sozialwohnungen. Reicht nicht! Wir brauchen mindestens 50 Prozent Sozialwohnungen!

ZWECKENTFREMUNG STOPPEN

Der Missbrauch von Wohnungen für Ferienwohnungen, Leerstand und gewerbliche Untervermietungen muss radikal gestoppt werden.

ENTEIGNUNGEN

Wohnungsunternehmen, die für Spekulation und Mietwucher verantwortlich sind, können laut §15 Grundgesetz verstaatlicht werden.

FAIRE STEUERN

Bei der anstehenden Grundsteuerreform dafür sorgen, dass die Kosten nicht auf die Mieten aufgeschlagen werden.

AUFSTAND FÜR DAS KLIMA

Mit ein paar neuen Fahrradwegen ist es nicht getan: Nur eine von Grund auf neue Verkehrspolitik wird Hamburgs Luft wieder sauber werden lassen – und unsere Stadt beim Klimaschutz voranbringen

Natürlich sind jetzt alle total für den Umweltschutz. Die Grünen sowieso, aber auch SPD, CDU, Verkehrsminister Scheuer, der Papst, die FDP, McDonald's und die Autoindustrie. Selbst die schlimmsten Atomkonzerne und Dieselbetrüger tragen neuerdings Grün. Bei kaum einem Thema wird so viel gelogen, geheuchelt und falsche Versprechungen gemacht wie beim Umweltschutz.

Doch die Zeit, in der Konzerne und Regierungen mit blumigen Worten durchzukommen schienen, läuft ab. Die Leute merken, dass das mit dem Klimawandel und der Verschmutzung der Luft kein Spaß ist und haben genug von dem ganzen grünen Geschwätz. Sie wollen, dass endlich etwas passiert.

Seit 2011 regiert in Hamburg die SPD, seit 2015 mit den Grünen. Doch der Senat ist seltsam mutlos, was Klima- und Umweltschutz angeht. Bei der Hamburger SPD geschieht gegen den Willen von Wirtschaft und Handelskammer ohnehin nichts. Und die Grünen meinen offenbar inzwischen, Umweltschutz sei im Schmusekurs durchzusetzen.

Rot-Grün macht Showpolitik

Da wird hier ein neues Naturschutzgebiet ausgewiesen und dort ein neuer Radweg eingeweiht. Währenddessen laufen die Kohlekraftwerke Wedel und Moorburg weiter, verpestet der LKW-Durchgangsverkehr ungebremst unsere Atemluft und wird der Flughafen weiter ausgebaut. Die Stadtbahn wurde aufgegeben, die Landstromversorgung der Hafenschiffe kommt nicht in die Gänge, die Busbeschleunigung ist ein Flop. Und die Autos haben ohnehin fast überall weiter freie Fahrt.

Raus auf die Straße!

Die Lehre aus der rot(-grün)en Umweltpolitik in Hamburg: Es tut sich nur was, wenn der Senat mächtig Druck bekommt! Die Dieselfahrverbote kamen erst, als eine Klage drohte. Die Rekommunalisierung der Gas-, Strom- und Fernwärmenetze konnte nur mit einem Volksentscheid gegen den Widerstand der SPD durchgesetzt werden.

Graue und ungesunde Stadtteile für die Armen, grüne und schöne für die Wohlhabenden: Das darf nicht Hamburgs Zukunft sein. Dafür steht die Klimapolitik der LINKEN (siehe rechts).



Ohne Druck von der Straße – wie hier bei „Fridays For Future“ – bewegt sich nichts beim Umweltschutz

ROT IST DAS NEUE GRÜN

Fahrscheinfreier Nahverkehr, Stadtbahn, Kohleausstieg: Die umweltpolitischen Vorschläge der LINKEN gehen über das hinaus, was die anderen Parteien fordern

Vor allem in der Verkehrspolitik will DIE LINKE ganz neue Wege gehen. Die jahrzehntelange Vorherrschaft des individuellen Verkehrs soll gebrochen, Autos zugunsten von Bus und Bahn, Fuß- und Radverkehr zurückgedrängt werden. Den HVV will DIE LINKE deutlich ausbauen und billiger machen.

Die Energieerzeugung soll so schnell wie möglich auf Erneuerbare umgestellt, energiesparendes Bauen Pflicht werden. Der Flugverkehr soll zurückgedrängt, der Flughafen nicht weiter ausgebaut werden.

Im Einzelnen heißt das:

- >> Ausstieg aus der Kohle in Hamburg bis 2025. Vollständige Übernahme der Forderungen der Volksinitiative "Tschüss Kohle". Stilllegung der Kraftwerke Wedel und Moorburg
- >> Elektrifizierung des Busverkehrs durch den Einsatz von Oberleitungsbusen, Wiedereinführung der Straßenbahn (in Form einer modernen Stadtbahn)
- >> Weite Teile der Innenstadt und der bezirklichen Zentren zu verkehrsberuhigten Zonen machen
- >> Senkung der HVV-Preise bis hin zu einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV. Anfangen mit einer Jahreskarte für 365 Euro, kostenfreier HVV für Menschen mit geringem Einkommen
- >> Vorrang von Fuß- und Radverkehr bei der Neuverteilung des Straßenraums
- >> Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit
- >> Schluss mit der steuerlichen Förderung von Dienstwagen
- >> Rückkauf des privatisierten Teils des Flughafens (49%), Erhöhung der lärm- und emissionsabhängigen Landeentgelte
- >> Reduktion der Klimagas- und Lärmemissionen des Flughafens. Ausweitung des Nachtflugverbots, Vorverlegung auf 22.00 Uhr
- >> Verbot von Inlandsflügen und Auslandsflügen unter 600 Kilometern
- >> Neue Wohnungen mindestens im Niedrigenergiestandard, geeignete Dachflächen für solarthermische Anlagen und Photovoltaik nutzen
- >> Öffentliche Gebäude nur noch im Passivhausstandard
- >> Neue Quartiere ans Fernwärmenetz oder ein örtliches Nahwärmenetz anschließen, das regenerative Wärmequellen vor Ort nutzt (Solarthermie, Abwärme u.a.).
- >> Mehr (mietenneutrale) energetische Sanierung im Wohnungsbestand
- >> Verwendung von LNG als Schiffstreibstoff nur, wenn es nicht mit Fracking gewonnen wurde



DIE LINKE will freie Fahrt für umweltfreundlichen Verkehr

Wo Hamburgs Luft am schlechtesten ist ... Kohle-Hauptstadt Hamburg

...wissen wir eigentlich gar nicht so richtig. Denn offizielle Messstellen gibt es in der Stadt nur eine Hand voll. Fast scheint es, als wollten die Verantwortlichen gar nicht so genau Bescheid wissen, wie es um unsere Atemluft bestellt ist. Tatsächlich werden die Grenzwerte dort, wo offiziell gemessen wird, regelmäßig überschritten. Als Konsequenz hat der Senat Dieselfahrverbote erlassen, natürlich in unmittelbarer Nähe der Messstellen (was aber offensichtlich nicht wirklich was bringt). Für die Situation rund um den Hafen, wo Schiffsdiesel die Luft verpestet, sind die Fahrverbote in der Innenstadt ohnehin wirkungslos. Als der NDR kürzlich selbst zum Messgerät griff, um die Luftverschmutzung in der Stadt zu ermitteln, wurden die höchsten Werte an den Landungsbrücken gemessen.

Die Stromkonzerne Vattenfall & Co. haben in Hamburg leichtes Spiel. Denn noch immer wird der größte Teil der hiesigen Elektrizität aus Kohle gewonnen: 84,4 Prozent! Rechnet man die Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern – das sind die, die besonders schädlich fürs Klima sind – zusammen, liegt ihr Anteil insgesamt sogar bei 94,2 Prozent. Der Anteil der erneuerbaren Energien beim Hamburger Strom liegt hingegen bei gerade mal 4,8 Prozent. Natürlich kann eine Großstadt nicht so viel Windstrom produzieren wie ein Flächenland. Dennoch sind diese Zahlen erschreckend. 22.494 Menschen haben im vergangenen Jahr beim Volksbegehren „Tschüss Kohle“ unterschrieben. Das Ziel: Den Kohlestromanteil sobald wie möglich auf Null zu reduzieren. Ambitioniert, aber richtig.

MIT ALLER KRAFT FÜR EINE SOLIDARISCHE STADT

Newsletter abonnieren!
Wissen, was im Rathaus passiert? Unser „Linksletter“ informiert einmal im Monat per E-Mail über Neuigkeiten, politische Initiativen, Klatsch, Tratsch und Termine rund um die Linksfraktion. Einfach abonnieren:
www.linksfraktion-hamburg.de/newsletter

10x LINKS in der Bürgerschaft

Zu arm? Zu krank? Zu fremd? Zu ausgeflippt? Gibt es für uns nicht! Denn die solidarische Stadt Hamburg schließt niemanden aus. In der Hamburgischen Bürgerschaft setzt sich DIE LINKE ein für Gleichberechtigung, faire Arbeitsbedingungen, für Grundrechte und Minderheiten, für eine Schule für alle, für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, für Breitensport, Kinder- und Jugendschutz und Kultur. Es geht darum, Hamburg zu einer Stadt für alle zu machen, die niemanden ausgrenzt und allen – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Kontostand – gleichermaßen Teilhabe am städtischen Leben ermöglicht. **Die Linksfraktion ist die Stimme derjenigen, die sonst keine Lobby haben. Die Reichen und Schönen kommen schon alleine klar. Schreiben Sie uns.**

Cansu Özdemir



Stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Gesundheit, Gewerkschafts- und Verfassungspolitik
deniz.celik@linksfraktion-hamburg.de

Deniz Celik



Sabine Boeddinghaus



Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Soziales, Inklusion, Frauen und Queer
cansu.oezdemir@linksfraktion-hamburg.de

Christiane Schneider



Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Schule, Jugend, Familie und Bildung
sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de

Sprecherin für Antifaschismus, Flüchtlinge, Innenpolitik, Religion und Verfassungspolitik
christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de

Heike Sudmann



Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik
heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de

Norbert Hackbusch



Martin Dolzer



Sprecher für Haushalt, Kultur, Hafen und Öffentliche Unternehmen
norbert.hackbusch@linksfraktion-hamburg.de

Sprecher für Europa, Frieden, Wissenschaft und Justiz
martin.dolzer@linksfraktion-hamburg.de

Stephan Jersch



Sprecher für Wirtschaft, Umwelt und Technologie, Medien- und Netzpolitik, Landwirtschaft, Bezirke, Tierschutz und Tourismus
stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de

Mehmet Yildiz



Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik und Integration
carola.ensslen@linksfraktion-hamburg.de

Carola Ensslen



Sprecher für Kinder und Sport
mehmet.yildiz@linksfraktion-hamburg.de

DIE LINKE.
Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de | Web: www.linksfraktion-hamburg.de

Twitter: twitter.com/linksfraktionhh | Facebook: fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg | Instagram: instagram.com/linksfraktionhh

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg | Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (Titelfoto, Seite 2: Obdachlosenbus, Seite 3: alle bis auf HVV, Seite 4: Mietenmove, Seite 6: Fridays For Future Demo, Seite 8: Abgeordnete)
Die Linke (Seite 2: Fraktionsvorsitzende, Seite 8: Cansu Özdemir) | Hamburg Marketing (Seite 7: Sternfahrt) | Wikipedia/Jivee Blau/CC BY-NC-ND 3.0 (Seite 3: HVV)